

Astrazeneca müsste Vorschüsse zurückzahlen

Zur: „Impfstreit auf offener Bühne“, FR vom 28. Januar

Der jetzige Zustand ist unerträglich

Veröffentlicht den Vertrag! Ja, sicher! Nur eine Offenlegung des Vertrages schafft den angerichteten Schaden aus der Welt? Denn das Vertrauen in die EU-Einkaufskompetenz ist nachhaltig gestört. Mit Offenlegung wären zumindest die Fakten klar. Ob sie das Vertrauen in die EU-Einkaufskompetenz stärken werden, sehen wir ja dann. Der jetzige Zustand jedenfalls ist unerträglich.

Bertram Münzer, Gütersloh

Wie man Widerspenstige in die Spur bringt

Warum Streit? Das Einfachste ist das Wirksamste: Wer nicht fristgerecht liefert – Geld zurück, und zwar sofort, bis geliefert wurde, mit Verzugsstrafe. Astrazeneca hat von der EU im Sommer 2020 nach Vertragsunterzeichnung, so weit bekannt, rund 500 Mio Euro erhalten, als Vorauszahlung, als Vorschuss auf fristgerechte Lieferung. Nunmehr könnte die Firma zwar, will jedoch nur ein Drittel davon an die EU termingerecht liefern.

Folglich müssen zwei Drittel des Vorschusses vorerst zurückgezahlt werden, danach die weitere Freigabe der Mittel je nach Lieferstand. So zumindest regelt sich das am Bau. Die EU sollte nicht lange verhandeln, streiten, sondern fordern, gegebenenfalls vor Gericht. Geld-Rückforderung oder fristgemäße Lieferung, das bringt widerspenstige Firmen schnell wieder in die Spur. Bitte nicht noch einen Scheuer wegen zu früher oder schlechter Aufträge! Hans-Karl Ortmann, Hofheim

Diskussion: frblog.de/impfstories



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210125.
Übersicht über die Themen: frblog.de/aktuell

Nützlich für Popularität

Markus Blume (CSU): „Hände weg von der Schuldenbremse“, FR-Politik v. 27.1.

Ähnlich wie Markus Blume finde ich den Auftritt von Bodo Ramelow im Rahmen der Clubhouse-App völlig inakzeptabel. Oberflächliches Geschwätz und narzisstische Auftritte scheinen inzwischen wichtiger zu sein als ein ernsthafter politischer Diskurs. Die permanente Präsenz in den „sozialen Medien“ hat Politik endgültig auf reine Inszenierungs- und Marketingveranstaltungen reduziert.

Blume meint, das Problem sei Ramelows „geistige Grundhaltung“, und fordert deshalb dessen Rücktritt. Dabei vergisst er, dass es auch in der CSU Akteure gibt, deren geistige Grundhaltung mehr als fragwürdig ist. Der jetzt so gehypte Markus Söder versteht es besonders gut, sich als strikten Corona-Bekämpfer zu inszenieren (trotz vieler Pannen gerade in Bayern) und kann schon lange den rechten Rand mit zynischen rechtsradikalen Sprüchen („Asyltourismus“) beglücken, aber andererseits auch den gütigen Landesvater und Bienenretter spielen, wenn es seiner Popularität nützt. Was Blume über die geistige Grundhaltung von Andreas Scheuer denkt, ist mir nicht bekannt, aber wenn Scheuer nur ein klein wenig Anstand und Verantwortungsgefühl hätte, wäre er schon längst zurückgetreten.

Hermann Roth, Frankfurt

Wie gut, dass wir alle so einsichtig sind

Homeoffice: „Öffentlicher Dienst schlecht aufgestellt“ und „Ungeklärte Fragen“, FR-Wirtschaft v. 21.1. und -Meinung v. 20.1.

Kaum Veränderungsdruck im öffentlichen Dienst

Der Artikel über den Mangel bei der Ausstattung der Homeoffice-Arbeitsplätze ist leider der Regelfall. Ansonsten unterliegt die Einrichtung von Büroarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst strengsten Richtlinien. Hier zählt jeder Zentimeter beim erforderlichen Zugang zur jährlich geprüften Trittleiter, die den Zugriff zum Band 48 der mit Hand durchnummerierten Akte auf dem obersten Brett des Schranks ermöglicht. Dies wird zudem regelmäßig geschult. Themen wie rechtssichere digitale Akte, automatisierte Bearbeitung von amtsübergreifenden Vorgängen, flache und digitale Mitzeichnungshierarchien, Ausbildungsangebote für Vorgesetzte, die weiterhin die althergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums anwenden, sowie Anwesenheits- statt Leistungspflicht sind da das viel größere strukturelle Problem in den Ämtern und Behörden.

Leider ist der Veränderungsdruck auf das System sehr gering, weil es schlicht niemanden so recht stört, wenn beispielsweise ein Schulbau eben mal zehn Jahre dauert. Und ob da bessere Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte die Lösung sind, kann ich mir nicht vorstellen. Dies kann auch ein weiterer Hemmschuh im System sein. Die Mitarbeiter:innen des öffentlichen Dienstes sind in der Regel überwiegend selbst in der Lage, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und einzufordern.

Reinhold Richter, Obertshausen

Bloß keine Störung der Wertschöpfung!

Es ist zu befürchten, schreibt der Kommentator bezüglich Homeoffice, dass durch Formulierungen von Bund und Ländern wie „wo es möglich ist“ oder „sofern die Tätigkeiten es zulassen“ Schlupflöcher bleiben. Das ist noch sehr gelinde formuliert. Wir Bürgerinnen und Bürger werden da etwas

härter angefasst, und es werden uns auch sofort neben den Maßnahmen bei Verstoß entsprechende Strafen angedroht. Aber da wir ja so einsichtig sind, dürfen wir unsere Affekte auf die Uneinsichtigen projizieren, damit wir nur ja nicht wie Herr Ramelow auf die Idee kommen, es müsse ein Lockdown für alle zumindest mal diskutiert werden. Auch in der FR lese ich nichts weiter darüber. Spricht Herr Söder über Ansteckungen in BMW-Werken, Herr Kretschmann über solche in Mercedes-Werken? Höre ich von Herrn Weil etwas über Ansteckungen im VW-Werk?

Arbeitgebervertreter sprechen oft von Wertschöpfung. Macht es für die Kranken einen Unterschied, ob sie sich bei Corona-Leugnern, impfunwilligem Pflegepersonal oder in der Fabrik angesteckt haben? Oder gilt unausgesprochen der Grundsatz: Produktion vor Gesundheit?

Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/lf-20210125

Mehrheit für den Ausstieg aus der „nuklearen Teilhabe“

Abkommen zum Atomwaffenverbot: „Es geht voran“, FR-Leitartikel vom 23. Januar

Der Druck der Straße muss weiter zunehmen

Dem Leitartikelautor Andreas Schwarzkopf ist uneingeschränkt zuzustimmen: Es geht voran! Und dafür hat die Zivilgesellschaft überall auf der Welt gehörig gekämpft! Dass sich allerdings die Bundesregierung so hartnäckig weigert, dem UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag beizutreten und die „Nukleare Teilhabe“ (besser: Nukleare Gefangenschaft) zu beenden, ist in mehrfacher Hinsicht skandalös. Die politisch Zuständigen in Deutschland ignorieren mit Penetranz, dass

- 92 Prozent der Bundesbürger – so eine repräsentative Umfrage (Juli 2020) – für die Unterzeichnung des UN-Atomwaffen-Verbotsvertrags, für den Abzug der US-Atombomben aus Büchel und damit für einen Ausstieg aus der „Nuklearen Teilhabe“ sind;

- der UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag und der Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag einander nicht ausschließen, sondern ergänzen und Bestandteil einer gemeinsamen Abrüstungsarchitektur sind (Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (21.1.2021);

- der Offene Brief für das UN-Atomwaffenverbot (20.9.2020) von 56 ehemaligen Spitzenpolitikern aus Nato-Staaten deutlich macht, dass die Zugehörigkeit zur Nato und der Verzicht auf Atomwaffen und die nukleare Abschreckung einander nicht ausschließen;

- Papst Franziskus, zahlreiche Bischöfe und auch bedeutende Vertreter aller Kirchen und Religionsgemeinschaften aus ethisch-moralischen Gründen das Verbot des Besitzes und des Einsatzes von Atomwaffen fordern: Nukleare Abschreckung

suggestiere Sicherheit und baue „auf dem unvorstellbaren Vernichtungspotenzial von Nuklearwaffen auf.“

Es geht voran, wenn der Protest weltweit – auch auf der Straße – zunimmt und der Druck auf die politischen Entscheider erhöht wird! Armin Lauen, Bonn

Nur atomare Abrüstung macht die Welt sicherer

Die Liste der sicherheitspolitischen Fehlentscheidungen der Bundesregierung, wie die massive Aufrüstung, ist erheblich länger geworden. Die Bundesregierung weigert sich, dem UN-Atomwaffenverbot beizutreten. Der Vertrag wurde von 122 Ländern unterschrieben und trat am 22. Januar in Kraft. Damit ist die fürchterlichste aller Massenvernichtungswaffen völkerrechtlich verboten, allerdings nur für die unterzeichnenden Staaten.

Die Ablehnung der Bundesregierung wird mit der angeblichen Schwächung des Atomwaffen-sperrvertrages und der Nichtbeteiligung der Atommächte begründet. Schon der wissenschaftliche Dienst des Bundestages widerspricht dieser Auffassung. So verpflichtet der Atomwaffen-sperrvertrag die Atommächte zur vollständigen Abrüstung, was nicht im Widerspruch zum neuen Vertrag steht. Die Atommächte aber sind bis heute nicht zur Abrüstung bereit.

Was die Nichtbeteiligung angeht, so zeigen internationale Verträge, dass sie auch wirksam sind, wenn sie nicht von allen Staaten unterschrieben wurden: Wie das Verbot von B- und C-Waffen, von Landminen und Streumunition. Deshalb: Nur atomare Abrüstung macht die Welt sicherer! Rolf Wekeck, Kassel

Diskussion: frblog.de/drohnen-3

Macht weiter mit der Serie!

Zum FR-Projekt „Aktiv werden – Zukunft hat eine Stimme“

Wir Zeitungsleser:innen wissen alle: Bad news sells. So arbeiten wir uns täglich durch alle schlechten Nachrichten, ärgern uns über ignorante Zeitgenoss:innen, die Nichtwahrhabenwollen mit Zivilcourage und Motzen mit Kritik und sich selber auch schon mal mit Sophie Scholl verwechseln. Über Drohbriefe an aktive Demokraten und vor allem Demokratinnen und Aggressionen gegen Feuerwehrleute und andere Uniformierte kann man täglich lesen, bis man sich fragt, ob die menschliche Evolution schon den Rückwärtsgang eingelegt hat. Da ist es eine Wohltat, dass die FR im Projekt „Zukunft hat eine Stimme“ regelmäßig von Menschen berichtet, die nicht nur gute und oft auch ausgefallene Ideen haben, sondern auch die Energie, sie tatkräftig in Projekte umzusetzen, die der Gesellschaft und der Umwelt zugutekommen.

Über die wichtige Information hinaus machen diese Berichte deutlich, dass es viele – sehr oft junge – Menschen gibt, die wache Intelligenz mit sozialem Bewusstsein im besten Sinne verbinden. Das bewahrt den Leser gnädig davor, zum grantelnden Pessimisten zu werden. Auch das Frühstück schmeckt besser. Kompliment und Dank dafür. Macht weiter damit! Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg